



**Beschlussempfehlung**

Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,  
Ursprungsinitiator: Piratenfraktion

Beratungsfolge:

12.12.2012	BVV	BVV/011/VII	überwiesen
14.02.2013	FiPerIm	FiPerIm/021/VII	vertagt
28.02.2013	FiPerIm	FiPerIm/022/VII	vertagt
30.05.2013	FiPerIm	FiPerIm/026/VII	im Ausschuss abgelehnt
25.09.2013	BVV	BVV/017/VII	vertagt
06.11.2013	BVV	BVV/018/VII	

**Betreff: Bessere und transparentere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte**

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien hat die Drucksache in seiner Sitzung am 30. Mai 2013 abschließend beraten.

**Abstimmungsergebnis Ausschuss  
für Finanzen, Personal und Immobilien:**

4 JA / 10 NEIN / 1 ENTHALTUNGEN

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt setzt sich dafür ein, dass in bezirklichen Unternehmen, auf die das Bezirksamt direkt Einfluss hat, keine Leiharbeiter\*innen beschäftigt werden. Festangestellte Aushilfen sollen statt Leiharbeiter\*innen beschäftigt werden.

Berlin, den 29.10.2013

Einreicher: Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien  
Dennis Probst, Ausschussvorsitzender

Begründung siehe Rückseite

<p><u>Ergebnis:</u></p> <p><input checked="" type="checkbox"/> beschlossen</p> <p><input type="checkbox"/> beschlossen mit Änderung</p> <p><input type="checkbox"/> abgelehnt</p> <p><input type="checkbox"/> zurückgezogen</p>	<p><u>Abstimmungsverhalten:</u></p> <p><input type="checkbox"/> EINSTIMMIG</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> MEHRHEITLICH</p> <p><input type="checkbox"/> JA</p> <p><input type="checkbox"/> NEIN</p> <p><input type="checkbox"/> ENTHALTUNGEN</p>	<p style="text-align: right;">federführend</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>
<p>_____ überwiesen in den Ausschuss für</p> <p>_____ zusätzlich in den Ausschuss für</p> <p>_____ und in den Ausschuss für</p>		

### **Begründung des beratenden Ausschuss (federführend):**

Am 14. Februar 2013 hat der Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien die Drucksache in erster Lesung beraten. Nach einer kontroversen Diskussion zwischen der einreichenden Fraktion und den übrigen Ausschussmitgliedern über Ziel, Zweck und Inhalt der Vorlage, wurde die weitere Beratung auf Zustimmung der einreichenden Fraktion vertagt, mit dem Ziel, in einer der nächsten Sitzungen eine qualifizierte 2. Ausfertigung der Drucksache vorzulegen.

In der Sitzung am 30. Mai 2013 wurde die neue Fassung des Antrags nach kurzer Diskussion zu Zeitarbeitskräften in den betreffenden Einrichtungen abschließend beraten und zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien empfiehlt der BVV mit 4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltungen die Ablehnung der Drucksache.

### **Text Ursprungsantrag Piratenfraktion:**

Das Bezirksamt setzt sich dafür ein, dass in bezirklichen Unternehmen, auf die das Bezirksamt direkt Einfluss hat, höchstens 10 % Leiharbeiter\*innen in den Unternehmen beschäftigt werden. Zudem soll darauf geachtet werden, dass in den Unternehmen Zeitarbeitskonten transparent gestaltet werden und die Arbeitnehmer\*innen regelmäßige Information über den Stand der Plus- und Minusstunden bekommen. Plusarbeitsstunden dürfen nicht mit Krankzeiten verrechnet werden.

Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Senat von Berlin dafür einzusetzen, dass für freie Träger, die einen Rahmenleistungsvertrag mit dem Land Berlin oder mit dem Bezirk Pankow abschließen, eine Vergütungsvereinbarung bzw. ein Tarifvertrag für die Beschäftigten des Trägers vorliegen muss. Die Prüfkriterien für die Anerkennung freier Träger sind dahingehend zu erweitern.

### **Begründung Ursprungsantrag:**

Durch den Antrag sollen die Arbeitsbedingungen für Angestellte in bezirklichen Unternehmen verbessert werden. Zudem sollen Ungleichbehandlungen durch die Vorlage eines Tarifvertrages bzw. Vergütungsregelung verhindert werden. Der Rückgriff auf Leiharbeit soll eine Ausnahme bleiben und es soll mit dem Antrag verhindert werden, dass bestehende Vergütungsvereinbarungen bzw. Tarifverträge der Stammebelegschaft durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern untergraben werden.

### **Begründung 2. Ausfertigung der Piratenfraktion:**

Der Antrag soll die Schlechterstellung von Arbeitnehmer\*innen, die mit Leiharbeit verbunden ist, unterbinden. Leiharbeiter\*innen werden meistens schlechter bezahlt für die selbe Tätigkeit. Zudem sollen Arbeitgeber auch Verantwortung für ihre Mitarbeiter\*innen übernehmen, sie sollen deshalb auch die mit der Beschäftigung einhergehenden Risiken mittragen. Durch die Einführung von Zeitarbeit wurde diese soziale Verantwortung von den Unternehmen entkoppelt. Die Unternehmen können durch den Einsatz von Leiharbeiter\*innen die soziale Verantwortung an die Entleihfirmen abgeben. Sie können sogar die Kosten für die Leiharbeiter\*innen von der Steuer absetzen, weil es keine Lohnkosten mehr sind. Eine solche Praxis ist kein geeigneter und vorbildlicher Weg.